

Viele Soldaten haben zu wenig Ruhezeiten

Regenerationsphasen nach Einsätzen werden oft nicht eingehalten — Kaum Interesse am Freiwilligendienst?

BERLIN — Viele Soldaten müssen nach einem Zeitungsbericht länger und häufiger in Auslandseinsätze als nach den neuen Leitlinien des Verteidigungsministeriums vorgesehen.

Die Bundeswehrreform gebe eine Einsatzzeit von vier Monaten und 20 Monaten Regenerationsphase vor. Dagegen werde jedoch „in einer hohen Zahl von Fällen“ verstoßen. Das geht aus einer Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Omid Nouripour hervor, die der SZ vorlag.

Demnach ist 2010 bis 2012 in etwa einem Viertel der Fälle die Einsatzdauer von vier Monaten überschritten worden. Zwischen zwei Einsätzen von mindestens vier Monaten wurde nur in der Hälfte der Fälle (50,7 Prozent) die Regenerationszeit von 20 Monaten eingehalten.

Heer besonders betroffen

Sehr beansprucht sei das Heer. Hier seien die vier Monate nur in 61,2 Prozent der Fälle eingehalten worden. Bei den zum Heer gehörenden Gebirgsjägern wurde in knapp 70 Prozent der Fälle die Einsatzzeit überschritten. Eine 20-monatige Regenerationszeit zwischen zwei Einsätzen sei bei Gebirgsjägern in über drei Vierteln der Fälle nicht eingehalten worden. Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus sagte: „Diese Zahlen bestätigen den Befund meines Jahresberichts.“

Das Verteidigungsministerium wies die Darstellung nicht grundsätzlich zurück, erklärte aber, die Zahlen zur Einsatzbelastung bezögen sich auf einen Berichtszeitraum von 2010 bis 2012. Damit würden die Auswirkungen



Auch bei der jüngsten Hochwasser-Katastrophe waren Bundeswehr-Soldaten (wie auf unserem Bild in Sachsen-Anhalt) im Einsatz. Ein paar Minuten zum Ausruhen brauchen sie auch bei dieser Arbeit. Foto: dpa

der erst Mitte 2012 tatsächlich begonnenen Neuausrichtung „nur unzureichend erfasst (...) Die Neuausrichtung wird sich zunehmend positiv bis 2016 auf die Einsatzbelastung unserer Soldaten auswirken.“

Auch Zahlen über die Resonanz am Freiwilligendienst sorgen für Verwir-

rung. Das Ressort von Minister Thomas de Maizière (CDU) äußerte sich mit dem Interesse junger Menschen am freiwilligen Wehrdienst zufrieden und sagte, man müsse die Bewerbungen eines Gesamtjahres betrachten.

Die WAZ hatte hingegen berichtet, dass die Zahl der Freiwilligen zwei

Jahre nach Einführung des freiwilligen Wehrdienstes auf ein Rekordtief gesunken sei. Nach dem Zeitungsartikel hätten nur 615 freiwillig Wehrdienstleistende im laufenden Quartal ihren Dienst angetreten. Das seien 60 Prozent weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. dpa

„Unser Wasser geht Brüssel einen Scheißdreck an“

Peter Gauweiler wettet gegen die von der CSU mitgetragene Europapolitik und wird von der CSU-Basis gefeiert

VON HANS-PETER KASTENHUBER

Umrauscht von heftigem Gewitterregen und stürmischem Beifall hat am Vorabend der Eibacher Kirchweih der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler im Bierzelt die örtliche Parteibasis begeistert. Mit in der CSU nicht mehrheitsfähigen Thesen. Es ging um Europa.

NÜRNBERG — Das muss man sich erst mal trauen. In das zu zwei Dritteln gefüllte Bierzelt der Eibacher Waldkirchweih die Frage zu rufen: „Kennen Sie Jürgen Habermas?“ „Ja“, schallt es wahrheitswidrig zurück, und Peter Gauweiler kann den größten lebenden deutschen Philosophen, dessen Werk bei aller Bedeutung nie wirklich ins Bewusstsein des Landes vorgedrungen ist, zitieren. Wir müssten, so habe Habermas gesagt, aufpassen, „dass wir durch supranationale Organisationen nicht von unseren Grundrechten abgeschnitten werden“.

Ohne Ämter-Ehrgeiz

Ziemlich genau so hat das Gauweiler kurz zuvor auch formuliert, als er gegen die Macht von Leuten wie dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, gewettet hat. Einem Mann, „der über Beträge entscheidet, die ein Vielfaches unserer Steuereinnahmen ausmachen, den aber kein Mensch abwählen kann“.

Man darf es Peter Gauweiler durchaus abnehmen, dass er die gewaltige Eigendynamik und den sich immer wieder abzeichnenden demokratischen Legitimationsmangel der Rettungsstrategie in der Eurokrise wirklich für eine historische Fehlentwicklung hält. Vermutlich glaubt er daran

viel mehr als an all die Gefahren, die er einst als Innenpolitiker und Hardliner der CSU mit Aids, Drogensucht oder Asylbewerbern heraufbeschwor.

Europa, das ist das große Thema seines politischen Alterswerks. Ohne Ämter-Ehrgeiz und ernsthafte Suche nach parlamentarischen Verbündeten widmet sich ihm der 64-Jährige. Gauweiler ficht seinen Kampf gegen die Draghis Europas vor dem Bundesverfassungsgericht aus — und immer wie-

der gerne bei Auftritten vor großem Publikum aus dem Volk.

In Karlsruhe, wo der Bundestagsabgeordnete als Kläger gegen EU-Verträge und Rettungsschirme zuletzt fast mehr Auftritte hatte als im Parlament, halten sich die Erfolge Gauweilers in engen Grenzen. Bierzelte wie in Eibach verlässt er immer als Sieger.

In der CSU haben sie den einstigen Strauß-Zögling längst kaltgestellt. Als er vor knapp zwei Jahren noch ein-

mal den Versuch unternahm, sich als Parteizweige wählen zu lassen, organisierte die Parteispitze im Vorfeld des Parteitag eifrig eine Mehrheit für den schwachen Peter Ramsauer. Gauweiler darf in der CSU nichts mehr entscheiden. Aber er darf reden. Er darf Menschen an die Münchner und Berliner Regierungspartei binden, die eigentlich der Politik in Land und Bund nicht recht trauen. Vor allem solche, die Angst um ihr Geld haben. Die fürchten, dass Deutschlands Verpflichtungen im Zuge der Euro-Rettung am Ende das eigene Land in den Abgrund reißen könnten.

„So darf es nicht weitergehen“, heißt die Parole, die Gauweiler bei seinen rhetorisch brillanten Auftritten ausgibt. Und die Bierzelte und Säle jubeln ihm zu. In Eibach wird das Publikum ganz überwiegend

von der örtlichen CSU-Basis gestellt. Und von der Abgeordneten- und Partei-Prominenz: von Markus Söder, Michael Frieser bis Dagmar Wöhrle.

Keiner von ihnen hat sich der Euro-Rettungspolitik von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in den Weg gestellt. Aber auch sie feiern Peter Gauweiler mit. Selbst wenn er beklagt, „dass die Unterschiede zwischen den Parteien nur noch auf dem Millimeterpapier sichtbar sind“. Und wenn er Verständnis für die Leute im Volk signalisiert, die der Ansicht seien: „Was soll der ganze Wahlscheiß — es wird eh entschieden, was wir nicht wollen.“

Widerspruch bleibt

Oder wenn er wettet: „Eine Politik, die die Welt umarmen will und die eigenen Leute missachtet, ist inhuman.“ Frenetisch wird der Beifall, wenn Gauweiler vor einem Modell der Vereinigten Staaten von Europa warnt und schimpft: „Es geht Brüssel einen Scheißdreck an, wie wir unsere Wasserversorgung organisieren.“

Weil von den Bierbänken aus niemand den Einwand gegen den Redner vorne auf der Bühne vorbringen kann, und es vermutlich auch keiner wollte, übernimmt Gauweiler diese Rolle. „Ja, jetzt kann man sagen, die CSU ist doch auch Teil von dem allen.“

Gauweiler löst den Widerspruch nicht auf. Er verweist nur auf die Erfolge der seit 1957 in Bayern regierenden Partei, die allenfalls mit denen der „Wittelsbacher in ihrer allerbesten Phase“ vergleichbar seien. Und er formuliert ein Diktum, das in dieser Absolutheit im Grunde nur ein CSU-Anarcho wie Gauweiler ausrufen darf: „Wenn wir die CSU in Frage stellen, dann stellen wir diesen Freistaat in Frage.“



Kämpft gegen den Europakurs vor Gericht und im Bierzelt: Peter Gauweiler. Foto: Roland Fengler

Menthol-Zigaretten droht Aus

Zahlreiche Zusatzstoffe im Tabak werden nach und nach verboten

LUXEMBURG — Die EU-Staaten haben sich auf Regeln zur Eindämmung des Rauchens geeinigt.

Die neuen Vorgaben sollen ab 2016 vor allem junge Menschen vom Einstieg abhalten. „Die Nachricht ist: Fang nicht damit an, weil du nicht weißt, wann du wieder damit aufhören kannst“, sagte der irische Gesundheitsminister James Reilly beim Treffen der EU-Minister für Gesundheit und Verbraucherschutz. Er leitete die Zusammenkunft, weil sein Land derzeit den Vorsitz der EU-Staaten hat. Das Europaparlament muss den neuen Vorgaben ebenfalls zustimmen. Bis Ende des Jahres könnte das klappen, schätzen Diplomaten.

Wenn es nach den Ministern geht, stehen Menthol-Zigaretten vor dem Aus. Zusatzstoffe wie Menthol, Fruchtgeschmack oder Schokoladengeschmack, die den charakteristischen Tabakgeschmack verfälschen, wollen sie nach und nach untersagen. Wenn

die Zigarette weiter nach Tabak schmeckt, bleiben Aromen aber erlaubt. Die dünnen Slim-Zigaretten, die vor allem bei Jüngeren und Frauen beliebt sind, bleiben erlaubt.

Die Packung soll nach dem Willen der Staaten künftig abschrecken: Vorgesehen sind unter anderem Schockfotos, zum Beispiel von Raucherlungen. Diese sollen 65 Prozent der Vorder- und Rückseite von Zigarettenpackungen ausmachen, erklärten Diplomaten.

Wie ein Medikament

E-Zigaretten wollen die Minister nicht grundsätzlich verbieten, aber den Verkauf einschränken. Wenn sie ein Milligramm Nikotin oder mehr enthalten, sollen sie laut Diplomaten wie ein Medikament behandelt werden — und bräuchten dann auch die entsprechende Zulassung. Bei weniger als einem Milligramm Nikotingehalt würden die gleichen Auflagen wie für normale Zigaretten gelten. dpa

Kurz berichtet

Neuer FBI-Chef nominiert

Der Republikaner James Comey soll neuer Chef der US-Bundespolizei FBI werden. Präsident Barack Obama nominierte den 52-Jährigen als Nachfolger von Robert Mueller, der im September ausscheidet. Der Senat muss Comeys Berufung aber noch zustimmen. Comey arbeitete unter Obamas republikanischem Vorgänger George W. Bush als hoher Beamter im Justizministerium. dpa

Hamburg muss zahlen

Hamburg muss für den Länderfinanzausgleich insgesamt 147 Millionen Euro nachzahlen. Weil laut dem Ergebnis des Zensus' fast 81 000 weniger Menschen in der Hansestadt leben als angenommen, wird Hamburg zum Geberland. Deshalb muss der Stadtstaat 73 Millionen Euro für 2013 überweisen. Für die Jahre 2010 und 2011 müssen weitere 74 Millionen nachgezahlt werden. dpa

Leck in Fukushima

Im havarierten Atomkraftwerk im nordostjapanischen Fukushima ist erneut radioaktiv verseuchtes Wasser ausgetreten. Dieses Mal seien aus einer lecken Entsalzungsanlage 360 Liter verseuchtes Meerwasser entwichen, das zur Kühlung der havarierten Reaktoren eingesetzt worden sei, so der Betreiber Tepco. Nach seinen Angaben verblieb das Wasser jedoch innerhalb des Komplexes. afp

Eklat vor Schlesier-Treffen

Vor dem Deutschlandtreffen der Schlesier am Wochenende in Hannover hat eine geplante antipolnische Rede des Schlesier-Bundvorsitzenden Rudi Pawelka einen Eklat ausgelöst. Sowohl Niedersachsens Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) als auch Innenminister Boris Pistorius (SPD) sagten ihre Teilnahme an dem Treffen ab, nachdem sie das Manuskript gelesen hatten. dpa

Kita-Kinder mit Sprachdefiziten

Ein Viertel braucht Förderung
Viele Migranten sind betroffen

LEIPZIG — Etwa ein Viertel der Mädchen und Jungen im Kindergartenalter benötigt nach Expertenansicht Sprachförderung.

Ein kleiner Teil der Kinder, etwa sieben Prozent, sei wegen gravierender Schwierigkeiten beim Spracherwerb therapiebedürftig, sagte Christian Glück, Professor für Sprachbehindertenpädagogik an der Universität Leipzig. Den meisten Betroffenen, etwa Kindern aus bildungsfernen Schichten oder deren Muttersprache nicht Deutsch ist, könne die Sprachförderung in Kitas helfen. „Sprachförderung ist sinnvoll und notwendig, weil Sprache entscheidend mit zum Schulerfolg beiträgt“, sagte Glück.

Ohne erhobenen Zeigefinger

Sprachförderung in Kitas sei nicht nur Reden, sondern auch Zuhören und eine einfühlsame Beziehung zwischen Erzieherin und Kindern. Diese Verbindung sei wichtig für den Vorbildstatus der Erwachsenen. Die Förderer sollten „einfach nebenbei in der Situation ein Modell geben, die Äußerungen der Kinder aufgreifen, korrekt wiederholen und inhaltlich erweitern“, sagte Glück, aber „nicht mit dem erhobenen Zeigefinger“.

Inhaltlich sollten die Förderangebote den Interessen der Kinder entsprechen, aber auch Themen wie den menschlichen Körper, Naturwissenschaften oder Schrift und Zahlen aufgreifen. „Natürlich muss Sprache auch Spaß machen“, sagte Glück. Das gehe durch Spiele mit Wörtern, Liedern oder Gedichten. dpa

Regierung in Athen bricht auseinander

Streit um Rundfunk führt zum Bruch

ATHEN — Die griechische Regierung ist im Streit um die Schließung des Staatsrundfunks ERT auseinandergebrochen.

Der kleinste Koalitionspartner, die Demokratische Linke (Dimar), erklärte gestern den Auszug ihrer beiden Kabinettsmitglieder aus dem Dreierbündnis unter dem konservativen Ministerpräsidenten Antonis Samaras. Dieser verfügt zusammen mit der sozialdemokratischen Pasok nur noch über eine knappe Mehrheit im Parlament, von Neuwahlen war aber zunächst nicht die Rede.

Der Dimar-Minister für die Verwaltungsreform, Antonis Maniatakis, sagte nach einer Dringlichkeitssitzung seiner Partei, Dimar habe den Austritt aus der Regierung beschlossen und er werde daher bei Samaras seinen Rücktritt einreichen. Dimar stellte außerdem mit Antonis Roupaokiotis den Justizminister, im Parlament ist die gemäßigte Linkspartei mit 14 Abgeordneten vertreten.

Samaras' konservative Nea Dimokratia und die Pasok — die beiden Parteien, die sich über Jahrzehnte an der Regierung ablösen — verfügen damit über eine Mehrheit von 153 der 300 Mandate im Parlament. 125 Abgeordnete stellt die Nea Dimokratia (ND), 28 die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok).

Nicht vorab informiert

Nach Meinung von Beobachtern ist das eine recht dünne Basis zur Durchsetzung der von der Gläubigertroika aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) geforderten Kürzungs- und Privatisierungsmaßnahmen, nicht zuletzt im öffentlichen Dienst.

Hintergrund für das Auseinanderbrechen der Dreierkoalition ist die am 11. Juni erfolgte Schließung des staatlichen Rundfunks ERT. Pasok und Dimar beklagten, dass Samaras sie nicht vorab informiert habe. Durch die Schließung verloren fast 2700 ERT-Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz.

Tagelang demonstrierten Tausende Menschen vor den ERT-Gebäuden in Athen und anderen Städten für den Erhalt des Senders. Aus Solidarität mit den Betroffenen legten Journalisten und andere Berufsgruppen landesweit die Arbeit nieder. Die ERT-Beschäftigten hielten den Sender besetzt und strahlten ihre Programme unter anderem über das Internet aus.

Die Europäische Rundfunkunion (EBU), ein Zusammenschluss mehrerer Dutzend Rundfunkanstalten in 54 Ländern Europas und des Mittelmeerraums, rief Samaras auf, die Schließung zurückzunehmen. Der Sender mit fünf Fernseh- und 24 Radioprogrammen galt bis zuletzt als wichtige Informationsquelle, vor allem für die große griechische Diaspora im Ausland. Das oberste griechische Verwaltungsgericht bekräftigte seine Entscheidung vom Montag, wonach ERT bald wieder senden müsse. afp